

Der Gemeinderat
Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 17, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtschreiber@thun.ch, www.thun.ch



Stadtratssitzung vom 17. Januar 2014

Postulat Nr. P 9/2013

Postulat betreffend Bau eines Hallenbads

Fraktion der Mitte, SP-, BDP-, Grüne- und FDP-Fraktion vom 22. August 2013; Beantwortung

Wortlaut des Postulates

Antrag

Wir ersuchen den Gemeinderat, die Realisierungsmöglichkeiten eines Hallenbads in Thun oder unmittelbarer Umgebung zügig und vorausschauend unter den Aspekten des Bedarfs (Freizeit- / Leistungssport), des Standorts (Synergiepotenzial / Energiehaushalt / Verkehr), der regionalen Zusammenarbeit, insbesondere mit Heimberg und Oberhofen, sowie des Finanzierungsbedarfs (Investition / Betrieb) zu prüfen.

Begründung

Die Abstimmungsbotschaft zur Volksinitiative für das Erstellen eines Winterdachs im Strandbad Thun, die am 9. Juni 2013 vom Thuner Souverän verworfen wurde, bezeichnet das Bedürfnis nach einem gedeckten und wintertauglichen Schwimmbecken als unbestritten. Neue Sportanlagen sind gemäss dieser Botschaft zu beantragen, wenn ausgewiesene Bedürfnisse durch die vorhandenen Anlagen nicht gedeckt werden können. Für den Schwimmsport ist das der Fall.

Konsequenterweise ist eine konkrete Machbarkeitsprüfung zeitnah einzuleiten, insbesondere mit Blick auf anstehende Richtungsentscheide bei den Betreibern von bestehenden Hallenbädern in der Region Thun.

Stellungnahme des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat bereits signalisiert, dass für ihn das Thema Hallenbad nicht aus der politischen Agenda falle. Gemäss Vorabklärungen zur Abstimmung Winterdach scheint der Bedarf ausgewiesen, ein öffentliches Interesse ist gegeben, gerade auch und nebst touristischen Aspekten aus Sicht der immer älter werdenden und bewegungsfreudigen Bevölkerung, der wachsenden Bedeutung des Gesundheitssports und der Beliebtheit von Wellness- und Erlebnisangeboten.

Der Stadtrat hat dies mit seiner Haltung in der Abstimmungsbotschaft wie folgt bestätigt. „In Thun wäre es deshalb sinnvoller, eine dauerhafte und ökologisch nachhaltige 25 m-Hallenbadlösung am bisherigen Standort des Strandbads anstelle eines temporär überdachten Freibadbeckens umzusetzen. Synergien mit dem Freibad (Kasse, Garderoben, Wasseraufbereitung etc.) sind dabei zu nutzen.“ Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass für ein solches Projekt die Finanzierung sichergestellt sein müsse. Eine konkrete Standortevaluation hat noch nicht stattgefunden. Von privater Seite wurde bereits das Casinoareal als weiterer möglicher Standort ins Spiel gebracht.

Die Frage nach einer allfällig regionalen Planung und Finanzierung ist im Verein Entwicklungsraum Thun (ERT) zu thematisieren. Nach Kenntnisstand des Gemeinderates wird derzeit der Bestand an regionalen öffentlich zugänglichen Sportstätten, die jeweiligen Beiträge der Gemeinden sowie die Sanierungs- und Ausbaupläne erfasst. Der Gemeinderat verfolgt zudem die Diskussion und Planung um Sanierung und Ausbau des Hallenbades in Oberhofen. Die Stadt Thun ist in der Arbeitsgruppe vertreten.

Bezüglich Finanzierung verweist der Gemeinderat nochmals auf seine Interpellationsantwort I 2/2013. Die Entwicklung der finanzpolitischen Situation der nächsten Jahre ist abzuwarten. Weitere Investitionen in grössere Sportanlagenprojekte werden erst nach der Sanierung der Kunsteisbahn und des Strandbades möglich. In den nächsten fünf Jahren sollen daher diese beiden Projekte vorangetrieben werden. Eine allfällige spätere Realisierung eines Hallenbades mit möglichen Zusatznutzungen wird in die städtebaulichen Überlegungen (möglicher Standort auf dem Gelände) im Zuge der Grosssanierung des Strandbades mit einbezogen. Die Finanzierung eines weiteren sportpolitischen Grossprojekts wird unter Berücksichtigung aller städtischen Anliegen jedoch frühestens ab 2018 vorstellbar.

Bis dahin sind so viele planerische und strategische Fragen wie möglich zu klären. Der Gemeinderat kann sich daher vorstellen, 2014 eine Projektorganisation zu initiieren, die sich mit den gestellten Fragen der Postulantinnen und Postulanten vertiefend auseinandersetzen wird.

Antrag

Annahme:

Thun, 13. Dezember 2013

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber
Bruno Huwyler-Müller

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 01/2014 vom 17. Januar 2014, 17:00 Uhr, Rathaus

Anwesend

Stadtrat Vorsitz: Peter Aegerter (BDP) (bis Traktandum 2), Sandra Ryser-Liebi (SVP) (ab Traktandum 3)
Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

Gemeinderat Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

Ferner Stadtschreiber Bruno Huwyler

Sekretariat Stadtratssekretär Remo Berlinger
Protokollantin Dominique Kröpfl

Entschuldigt ---

Schluss der Sitzung 19:15 Uhr

Susanna Ernst-Reusser (BDP) äussert sich als Mitpostulantin. Sie hat das KKThun immer und immer wieder unterstützt. Mit dem Postulat wurde der Gemeinderat aufgefordert, drei unterschiedliche Optionen zu prüfen. Die Beweggründe für das Postulat waren, aufzuzeigen, dass die momentane Lösung optimal ist. Die Analyse der drei verschiedenen Optionen zeigt, dass der Gemeinderat auf dem richtigen Weg ist und das KKThun mit dem bisherigen Betreiber weitergeführt werden sollte. Nicht alle Begründungen sind korrekt recherchiert worden. Es ist nicht das Ziel, nur gut rentierende Anlässe durchzuführen. Es besteht teilweise in der Bevölkerung die Kritik von zu hohen Betriebskosten. Es ist aber nicht möglich, das KKThun mit geringeren finanziellen Mitteln zu betreiben. Es ist schade, dass sich die Betreiber nicht persönlich bei den Postulanten gemeldet und nach der Begründung des Postulates gefragt haben. Es war nicht das Ziel, die Betreiber persönlich anzugreifen.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, erwähnt die Exklusivrechte des KKThun. Aus Sicht der Betreiber sind diese durchaus sinnvoll. Für externe Nutzer wird damit aber das Mieten der Säle komplizierter und teurer. Nach dem Gemeinderat handelt es sich hierbei nicht um Exklusivrechte, sondern Umstände, die durch technische und Sicherheitsvorschriften entstehen. Der Vergleich mit dem KKLuzern und Kursaal Bern ist bezüglich der Kosten nicht ganz gerechtfertigt. Die Verhandlungen für die zukünftige Betreuung sollten bereits im Jahr 2014 durchgeführt werden. Falls sich die Betreiber und die Stadt Thun nicht einigen können, wird immer noch genügend Zeit für eine öffentliche Neuausschreibung vorhanden sein. Das Ziel ist, sich wichtige Fragen im Vorfeld zu überlegen, damit gute Entscheidungen getroffen werden können.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Fraktion das Postulat annehmen wird, auch wenn nicht alle Punkte unterstützt werden können. Es müssen alle Optionen gleichwertig geprüft werden. Zudem muss eine Vollkostenrechnung durchgeführt werden. Darauf aufbauend können unterschiedliche Optionen geprüft werden. Es müssen gute Rahmenbedingungen für die Betreiber geschaffen werden. Eine Anpassung des Nutzungskonzepts wird unterstützt. Es ist nicht nur ein Kulturzentrum sondern ein Kultur- und Kongresszentrum. Kongresse sind eine gute Möglichkeit, die Stadt auch ausserhalb von Thun bekannt zu machen. Mit Terminen muss in Zukunft flexibler umgegangen werden. Einheimische Veranstalter haben ein sehr grosses Kontingent an Terminen besetzt. Durch externe Kongresse können Einnahmen generiert werden.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, bedankt sich bei den Betreibern des KKThun für die geleistete Arbeit. Die zuständige Kommission muss die Situation analysieren und entsprechend handeln. Die Stadt Thun muss auch in Zukunft ein verlässlicher Partner sein. Es müssen günstige Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Betreiber erfolgreich wirtschaften können. Er ist überzeugt, dass die Betreiber des KKThun eine gute Arbeit leisten und ist zuversichtlich für die zukünftige Weiterentwicklung.

Stadtpräsident Raphael Lanz, weist darauf hin, dass das KKThun ein schwieriges Geschäft ist. Die Betreiber machen eine sehr gute Arbeit. Beim Abschluss der Verträge wurde die zukünftige Situation abgeschätzt. Die Erwartungen stimmen nun nicht ganz mit der heutigen Situation überein. Es ist nicht einfach einen Vertrag abzuschliessen, ohne die genauen Rahmenbedingungen zu kennen. Es gibt klare Vorgaben. Das Ziel ist, die Investition von 20 Mio. Franken bestmöglich einzusetzen. Das Postulat zeigt einen generellen Vergleich mit unterschiedlichen Städten und Zentren aus unterschiedlichen Ligen auf. Sehr positive Rückmeldungen haben die Thuner Veranstalter gegeben. Es ist nicht die Lösung, das Angebot zu verkleinern, ein gewisses kulturelles Angebot ist weiterhin geplant. In Zukunft müssen gewisse Aspekte besser geregelt werden. Verhandlungen werden bereits durchgeführt. Der Gemeinderat ist sich des Problems bewusst, obwohl die Situation nicht ganz einfach ist. Der Gemeinderat braucht Zeit, um Lösungen zu erarbeiten.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig.

9. Postulat P 9/2013 betreffend Bau eines Hallenbads

Fraktion der Mitte, SP-, BDP-, Grüne- und FDP-Fraktion vom 22. August 2013; Beantwortung

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, bedankt sich beim Gemeinderat für die konstruktive Annahme des Postulates. Der Bedarf an einem Hallenbad ist gegeben. Die Investitionsplanung für das Jahr 2019, das

heisst nach dem grossen Sanierungsprojekt Grabengut, wird bereits im Aufgaben- und Finanzplan 2015 verabschiedet. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Abklärungs- und Planungsarbeiten bereits jetzt in Angriff zu nehmen. Somit kann der allfällige Finanzierungsbedarf rechtzeitig beziffert und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Antworten des Gemeinderates sind etwas zu zurückhaltend. Bei einem Hallenbadprojekt braucht es einen festen Willen und ein grosses Engagement. Er macht den Vergleich zum Schlossparking in Thun. Es wird sich nichts bewegen, wenn die Stadtregierung nicht ganz klar hinter dem Projekt steht.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist persönlich mit einem Teil des Postulates nicht einverstanden. Es steht nicht der Schwimmsport als Vereinssportart im Zentrum, sondern das Bedürfnis der Bevölkerung und des Tourismus in der Region Thun. Das Problem Hallenbad muss regional gelöst werden. In der Planung müssen öffentliche Interessen und touristische Aspekte mit Wellnessmöglichkeiten berücksichtigt werden. Möglichkeiten für den Schwimmsport im Winter müssen langfristig und mit einer definitiven Lösung angestrebt werden. Er unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates, dass die geplanten Sanierungsprojekte, wie beispielsweise Grabengut und Strandbad, zuerst durchgeführt werden müssen. Der mögliche Hallenbadbau kann eventuell in die Sanierungsplanung des Strandbades miteinbezogen werden. Er bezweifelt aber, dass an diesem Standort tatsächlich Synergien genutzt werden können. Die Fraktion sieht den Planungshorizont bis im Jahr 2018 als realistisch. Die folgenden Projektschritte Entwicklung der finanziellen Situation, Abwarten und Beurteilung, Miteinbezug des ERT (Entwicklungsraum Thun) unter Berücksichtigung der Hallenbäder Oberhofen und Heimberg, und einer nachhaltigen Standortevaluation werden unterstützt. Die BDP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulates. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu. Sie begrüsst die Bildung einer stadtinternen Projektorganisation. Unklar ist die Ausgangslage im ERT. Die Antwort ist diesbezüglich unkonkret. In der Planung muss die gesamte Region miteinbezogen werden. Es ist wichtig, dass ein möglicher neuer Standort mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar ist, im Gegensatz zum Hallenbad Heimberg. Wenn möglich müssen Synergien genutzt werden, vor allem bezüglich der Energie. Das Projekt muss finanziell tragbar sein. Sie unterstützt die weitere, hoffentlich auch speditive Arbeit in den entsprechenden Gremien.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, ist erfreut, dass sich der Gemeinderat vorstellen kann, eine Projektgruppe einzusetzen. Die Projektgruppe muss sich mit einem konkreten Projektauftrag befassen und Realisierungsmöglichkeiten in Thun und Umgebung prüfen. Es geht um vier verschiedene Aspekte wie Bedarf, regionale Zusammenarbeit, Finanzierung und Standortbestimmung. Der Bedarf und die regionale Zusammenarbeit bestehen und sind feste Bestandteile der politischen Agenda. Es geht um ein grosses Projekt und ist somit auch abhängig von der zukünftigen Finanzentwicklung. Wenn ein Bedürfnis nach einem Hallenbad in der Bevölkerung von Thun und Region besteht, ist die Politik gefordert, mögliche Mittel zu organisieren. Bei der Standortwahl kann nicht nur das Sanierungsprojekt Strandbad, sondern es muss auch das Sanierungsprojekte Grabengut in die Projektplanung Hallenbad miteinbezogen werden. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, freut sich über eine Annahme des Postulates. In diesem Jahr wird eine Projektgruppe ins Leben gerufen. Das Resultat ist ein Hallenbadprojekt, das bei genügenden finanziellen Mitteln realisiert wird. Somit muss im Moment die weitere Entwicklung abgewartet werden. Er begrüsst eine rasche Bearbeitung und Realisierung. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, ist nicht gegen ein Hallenbad in Thun und Region. Er zieht eine private Finanzierung einer städtischen vor. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt Thun, Hallenbäder zu bauen und zu betreiben, egal für welche Zielgruppen. Der Bedarf in Thun ist vorhanden. Der Bedarf ist nur auf Grund der künstlichen Vergünstigung durch die Stadt so hoch. Er schlägt vor, dass die Kosten in Zukunft alleine durch die Nutzer getragen werden. Das ergäbe eine Preiserhöhung und somit auch eine Reduktion der Nachfrage. Er unterstützt den regionalen Ansatz. Es ist durchaus gut, wenn die Stadt nicht alle Zentrums-lasten alleine tragen muss. Der Vergleich mit der Grabenguthalle wird gemacht und die mangelnde Unterstützung der Gemeinde Steffisburg erwähnt. Der Vorstoss wird zu einem ungünstigen Zeitpunkt gemacht und weckt falsche Hoffnungen. Der Aufgaben- und Finanzplan zeigt, dass zurzeit kein Geld für ein Hallenbadprojekt von 20 bis 30 Mio. Franken vorhanden ist. Die Stadt verschuldet sich mit über 40 Mio. Franken für diverse sportpolitische Projekte. Aus diesem Grund ist ein Schuldenabbau, anstelle eines

neuen Millionen Projekts, anzustreben. Aus Sicht der SVP-Fraktion braucht es keine Projektorganisation die mit Steuergeldern Planungen durchführt. Die Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini weist auf das Bedürfnis nach einem Hallenbad in der Region hin. Es braucht eine langfristige Lösung. Sie wendet sich an Stadtrat Lanzrein. Die finanziellen Möglichkeiten werden ganz klar berücksichtigt. Aus diesem Grund wird das Projekt erst für 2018 geplant, nach Abschluss der bereits geplanten Sanierungsprojekte. Der Gemeinderat hat genügend Erfahrung und kann den richtigen Zeitpunkt für eine mögliche Projektrealisierung durchaus einschätzen. Für einen möglichen Start im 2018 braucht es bereits jetzt Vorarbeiten. Es ist eine Zusammenarbeit von verschiedenen Fachstellen wie die Direktionen Bildung, Sport, Kultur, Stadtentwicklung, Präsidiales und Finanzen sowie Bau und Liegenschaften. Es sind aktuell keine externen Expertisen geplant, somit werden die Kosten minimiert. Eine Zusammenarbeit mit dem ERT wird unterstützt und eine regionale Lösung wird begrüsst. Vor Illusionen wird aber gewarnt. Es wird kaum eine umliegende Gemeinde die gesamte Verantwortung für ein solches Projekt übernehmen. Vorhandene Synergien müssen in jedem Fall genutzt werden. Es ist nicht möglich, dass die Kosten durch die Nutzer vollständig gedeckt werden. Der Vorschlag von Stadtrat Lanzrein, die Kosten zu erhöhen damit weniger Menschen das Angebot nutzen, ist nicht denkbar und realisierbar. Kulturelle und sportliche Angebote sind nie kostendeckend, ansonsten wäre das Angebot nur noch für eine sehr kleine Elite der Bevölkerung zugänglich. Soziale Tarife wie beispielsweise in Oberhofen, werden weiterhin unterstützt.

Der Rat überweist das Postulat mit 28 zu 12 Stimmen.

10. Interpellation I 11/2013 betreffend Glasfaserversorgung im Wirtschaftsraum Thun

Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2013; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erfreut über die ausführliche Antwort des Gemeinderats. Er ist sehr zufrieden. Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin erinnert an den Ski- und Jasstag vom 1. März 2014 auf der Elsigenalp. Die Einladung folgt nächste Woche.

Das neue Stadtratsreglement, mit neu hinzugefügter Jugendmotion, ist verteilt.

Verschobene Geschäfte

- 11. Interpellation I 13/2013 betreffend Schulraumplanung Seefeld/Schadau
 - 12. Interpellation I 12/2013 betreffend Gemeinschaftsgärten, eine Fläche für Urban Gardening in Thun
 - 13. Interpellation I 14/2013 betreffend Fracking in der Region Thun
- werden aus zeitlichen Gründen auf die nächste Stadtratssitzung verschoben.

Rücktritt

Stadtrat Thomas Marghitola gibt infolge Wegzugs seinen Rücktritt aus dem Stadtrat von Thun auf den 14. Februar 2014 bekannt. (Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben)